

Freiberger Anzeiger

und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

No 25.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

Sonnabend, den 31. Januar.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Nachbestellungen

auf die Monate

Februar und März

werden zum Preise von 1 M. 50 Pf. von allen kaiserlichen Postanstalten sowie von den bekannten Ausgabestellen und der unterzeichneten Expedition angenommen.

Expedition des Freiburger Anzeiger.

Die italienischen Kolonial Expeditionen.

Man darf es als ein bedeutendes geschichtliches Ereignis ansehen, daß nun auch Italien in die Reihe der europäischen Kolonialmächte eingetreten ist und damit die Traditionen seiner ruhmvollen Vergangenheit wieder aufgenommen hat. An dieser Thatsache kann man nicht mehr zweifeln, seit die Nachricht eingetroffen ist, daß die kürzlich nach dem Nothen Meere entsandte Expedition von dem Hafenorte Weilul im Danakil-Lande Besitz ergriffen und die ägyptische Besatzung diesen nördlich von der Assab-Bai gelegenen Punkt freiwillig geräumt hat. Die friedliche Einschiffung der ägyptischen Soldaten auf dem Dampfschiff „Korsika“ nach Massauah ist nur durch eine Einwirkung der in Kairo allmächtigen und jetzt mit Italien innig befreundeten englischen Regierung erklärlich. Das seit ferner gewisse Gegenstände voraus, zu denen sich der leitende Staatsmann Mancini, wie wenigstens die „Tribuna“ versichert, verpflichtete, für den Fall, daß die englische Expedition Wolseleys nach dem Sudan auf unerwartete Hindernisse stoßen sollte. Der Gedanke Mancinis, durch eine Unterstützung der englischen Politik in Ägypten Italien den Weg nach Abyssinien zu bahnen, verleiht die italienische Regierung zwar auf der Londoner Konferenz in die unangenehme Lage, zunächst ihre Wege von denen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu trennen, sichert aber dem unternehmenden Staatmann die Sympathien seiner Landsleute, welche die Erfolge der französischen Kolonialpolitik ebenso wenig ruhen lassen, wie den Themistokles die Vorbeeren des Miltiades schlafen ließen.

Während die italienischen Regierungsblätter noch vor Kurzem mit ruhender Einstimmigkeit versicherten, daß die maritimen Rüstungen keinen andern Zweck verfolgten als die Festsetzung in Assab-Bai, hat nun der Minister Mancini am Dienstag bei Beantwortung der bezüglichen Interpellationen in der italienischen Kammer zugegeben, daß Italien mit Englands Hilfe entschlossen sei, „innerhalb beschreibener Grenzen“ eine über die Assab-Bai immerhin weit hinausgehende Kolonialpolitik zu treiben. Der italienische Minister des Auswärtigen erklärte mit rühmlichem Selbstvertrauen, daß die früheren gegen die Kolonialpolitik gerichteten Theorien, angesichts der modernen Fortentwicklung und kolonialen Ausdehnung aller Mächte nicht mehr als haltbar angesehen werden könnten. Die italienische Regierung setze voraus, daß eine innerhalb beschreibener Grenzen betriebene koloniale Politik für die wirtschaftliche und politische Entwicklung Italiens sich nutzbar erweisen werde. Um jede Verwickelung zu vermeiden, sei die italienische Regierung entschlossen, die bestehenden Rechte anderer Völker zu achten, rechne aber außerdem auf eine thätige Beihilfe des italienischen Handelsstandes, zumal die zu machenden Versuche die Kräfte Italiens nicht übersteigen würden. Der Weg nach dem Nothen Meere sei seit langer Zeit für das Gebeihen Italiens als höchwichtig angesehen worden.

Die gegen seine Auseinandersetzungen gemachten Einwände widerlegend, wandte sich dann der italienische Staatsmann namentlich gegen die Annahme, daß Italien eine gefährliche Eifersucht Englands hervorrufen könne. Es sei das Verdienst des jetzigen Kabinetts, daß es, ohne dem Bündnis mit den Zentralmächten untreu zu werden und ohne ein großes Risiko und große Opfer zu übernehmen, eine Freundschaft mit England herzustellen gewußt habe, die sich auf eine Gemeinsamkeit der Anschauungen und des Vorgehens im gegenseitigen Interesse stütze. Diejenigen, welche fürchten, daß Italien von seiner Stellung am Mittelmeere abgezogen würde, müssen anerkennen, daß man am Nothen Meere den Schlüssel zum wirksamen Schutz des Gleichgewichts am Mittelmeere finden dürfte. Die Regierung werde den jetzigen Stand der Dinge am Mittelmeere revidieren. Sollte aber eine andere Macht hier Veränderungen hervorrufen, welche die Sicherheit und die Rechte Italiens

bedrohen, so werde es sich dagegen zur Wehr setzen und das Gleichgewicht wiederherzustellen suchen. Die Expedition nach dem Kongo sei deshalb nur für einige Wochen aufgeschoben. Die Regierung bedürfe der warmen Unterstützung der Kammer für ihre Kolonialpolitik; andernfalls würde sie sich beschließen, die durch ein entgegenstehendes Votum gefaßt würden, zu fügen wissen.

Dieser besonders durch die Darlegung der Stellung zu England und den mitteleuropäischen Mächten bedeutsamen Erklärung ließ Mancini am Mittwoch, angeregt durch eine Anfrage Crispis, die Versicherung folgen, daß die Regierung nicht des notwendigen Muthes und der Energie entbehren werde, wenn sie sich auf das Vertrauen der Kammer stützen könne. Im Laufe der Diskussion hatte der Kriegsminister Micotti mitgeteilt, daß er, für den Fall sich eine weitere Expedition ins Innere Ost-Afrikas nötig machen sollte, noch ein Bataillon nach Assab senden werde. Der Kriegsminister wies dabei auf die in dem Heere wie im ganzen Lande herrschende gehobene Stimmung hin, welche den Beweis liefere, daß die Begeisterung für große Unternehmungen in der italienischen Nation nicht erloschen sei. Die Vorbereitungen für die Formation der demnächst nach dem Nothen Meere abgehenden Truppenteile sind bereits im Kriegsministerium sehr weit fortgeschritten, ohne daß jedoch den in Betracht kommenden Militärbehörden bezügliche Mittheilungen zugegangen sind. Es scheint festzustehen, daß auch diese neue Expedition sich in Neapel einschiffen wird. Dort erwartet man auch das Panzerschiff „Roma“, das gegenwärtig noch in Spezia liegt und nach Beendigung einiger noch erforderlicher Reparaturen an der Expedition teilnehmen soll. Wie aus allen diesen Vorbereitungen hervorgeht, nimmt Italien das französische System der Kolonialpolitik an, indem es geeignete überseeische Gebiete durch seine Truppen besetzen und nöthigenfalls erobern läßt. Im Gegensatz zu Frankreich und Italien hat aber Deutschland nicht einen Mann zur Eroberung überseeischer Gebiete ausgesandt, sondern sich damit begnügt, solche Gebiete in Besitz zu nehmen, wo bereits bestehende deutsche Ansiedlungen dies im nationalen Interesse wünschenswert machen. Auch der leitende italienische Staatsmann erklärte, auf die thätige Mitwirkung des Handelsstandes zu rechnen, aber diese soll anscheinend erst der militärischen Kolonialexpedition nachfolgen, während die deutschen Kaufleute lange Jahre vorher schon überseeische Erwerbungen erlangt hatten, ehe die Reichsregierung sich zu einer kolonialpolitischen Aktion entschloß.

Für Italien hat die theilweise bereits gewonnene Stellung am Nothen Meere eine entschieden hohe Wichtigkeit, wie überhaupt alle Mittelmeerländer seit der Durchsetzung der Landenge von Suez unwillkürlich auf eine kolonialpolitische Aktion an den Küsten des Nothen Meeres und Ostafrikas hingewiesen worden sind. Die Bedeutung, welche der Suezkanal für die gesammte Kulturentwicklung jener Gegenden gewonnen hat, läßt sich schon jetzt schwer ermessen oder bezagen. Ob Italien auch in Westafrika eine kolonialpolitische Thätigkeit entwickeln wird, läßt sich bei der Gelegenheit mit Deutschland in Konflikte zu geräthen, fahr, dadurch mit Deutschland in Konflikte zu geräthen, billig bezweifeln. Das von der „Nordd. Allg. Ztg.“ wiedergegebene Telegramm aus Turin, welches meldet, daß Italien für eine etwaige Besetzung von Tripolis oder des Gebietes zwischen Massauah und Obol verträglich der Beistand Englands zugesichert sei, klingt dagegen weit glaubhafter. In diesen beiden Stellen würde Italien als unmittelbarer Nachbar Frankreichs den englischen Interessen in Ägypten den größten Vorbehalt leisten können, ohne daß sich die mitteleuropäischen Mächte dagegen ernstlich in's Mittel legten. Wie weit oder wie eng die nach Mancinis Versicherung „beschriebenen Grenzen der italienischen Kolonialpolitik“ gesteckt sind, liegt zunächst noch nicht klar und dürfte sich wohl wesentlich nach der künftigen Gestaltung des sich mehr und mehr bessernden Verhältnisses zwischen den Westmächten richten. So viel ist aber sicher, daß die letzten Schritte und Erklärungen der italienischen Regierung eine neue Epoche in der kulturellen und nationalen Entwicklung Italiens bezeichnen.

Tageschau.

Freiberg, den 30. Januar.

Ueberbündet durch die Regelung auswärtiger Angelegenheiten, war der deutsche Reichstanzler außer Stande, in letzter Zeit im deutschen Reichstag zu erscheinen, um, wie er gewünscht hatte, bei der Etatsberatung das Wort zu ergreifen. Befreundeten Abgeordneten gegenüber sprach Fürst Bismarck aber

die Hoffnung aus, daß sich dieser Zustand bald ändert und namentlich die Gewährung der zweiten Direktorstelle im auswärtigen Amte seine jetzige Geschäftslast wesentlich erleichtern werde. An eine formelle Vertagung des Reichstages ist, trotz der Nothwendigkeit, dem preussischen Landtag Raum zur Erledigung dringender Arbeiten zu gönnen, durchaus nicht zu denken. Wenn der Reichsetat durchberathen und die noch ausstehenden ersten Lesungen beendet sind, so wird sich der Reichstag eine Pause in seinen Plenarsitzungen gönnen, d. h. sich auf einige Wochen selber vertagen können, aber die Kommissionen, in denen etwa 60 bis 70 Mitglieder beschäftigt sind, müssen weiter arbeiten, wenn überhaupt in dieser Session eine Reihe von Gesetzen zu Stande kommen soll.

Gestern setzte der deutsche Reichstag die Berathung des Antrages Kable fort, gegen welchen sich zunächst der Abg. von Hammerstein aussprach, welcher die Mäßigung des Statthalters von Mantuffel pries. Dagegen verkehrte der Abg. Guerber, er sei durch die Ausführungen des Unterstaatssekretärs von Puttkamer nicht von der Nothwendigkeit des Diktaturparagraphen überzeugt worden. Das Vorhandensein einiger Hirtöpfe an der Grenze könne die Ruhe nicht gefährden, ebensowenig das Gehen einiger absonderlicher Wälder. Abg. Lenzmann verwandte sich für den Antrag Kable und hielt auch vom nationalen Standpunkt aus die Aufhebung des Diktaturparagraphen für geboten. Die durch und durch germanische Bevölkerung der Reichslande werde man nur gewinnen, wenn man ihr dieselben Rechte gebe, wie der übrigen Bevölkerung. Abg. Böttcher sprach Namens der national-liberalen Partei gegen den Antrag und erklärte, Elsaß-Lothringen sei von Deutschland zur Sicherung des Reiches annektrirt worden. Kein Reich würde gegenüber einem annektrirten Gebiete schonender verfahren, wie Deutschland gegenüber Elsaß-Lothringen. Abg. Jörn v. Ullrich wies darauf hin, daß die zahlreich nach Elsaß-Lothringen verzogenen Deutschen unter dem Diktaturparagraphen ebenso leiden, wie die Einheimischen; man könne der Bevölkerung keinerlei Förderung vorwerfen, die Bevölkerung und deren Vertreter hätten durch ihre Handlungen im Reichstage und Landesauschüsse gezeigt, daß sie an den Interessen Deutschlands theilnehmen. Die Unzufriedenheit im Lande sei auch keine politische, sondern eine wirtschaftliche. Abg. v. Stauffenberg trat der Auffassung des Abg. Böttcher, daß Elsaß-Lothringen der Sicherheit Deutschlands halber annektrirt worden sei, entgegen. Freilich wäre für eine gewisse Zeit dieser Paragraph eine traurige Nothwendigkeit gewesen, aber man dürfte ihn nicht als einzigen Hort betrachten. Eine Beseitigung dieses Paragraphen für sich hielt der Redner für nicht thunlich, er wünschte vielmehr eine Revision der ganzen Verfassung und war der Ansicht, daß der Landesauschuß hierzu die Initiative ergreifen solle. Abg. Windthorst sagte, einen besseren Statthalter als den Freiherrn v. Mantuffel werde das Reichsland nie erhalten können, aber selbst der beste Mann mit den edelsten Absichten würde bei der Anwendung dieses Paragraphen Mißdeutungen ausgeföhrt bleiben. Die endliche definitive Regelung des Rechtsverhältnisses im Reichslande sei nötig, vorausgesetzt, daß die Elsaß-Lothringer sich auf den Boden der Thatsache stellen, daß sie jetzt Bürger des Deutschen Reiches sind. Hierauf erklärte der Mitantragsteller Abg. Winterer, da über die Klagen der Elsaß-Lothringer nunmehr verhandelt worden, sei der Zweck erreicht, er ziehe deshalb seinen Antrag zurück. Sodann wurde der Nachtragsetat (Wirtschaftsgebäude in Rom) in der dritten Berathung ohne jede Debatte genehmigt.

In der Budgetkommission des deutschen Reichstages wurden für den Neubau des Postgebäudes in Elbing als erste Rate statt der geforderten 93 000 M. nur 80 000 M. bewilligt. Zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes auf dem Postgrundstück Dranienburger-Straße 70 in Berlin wurden statt 150 000 Mark nur 130 000 Mark genehmigt. Die für Stettin zum Neubau eines Postgebäudes geforderte erste Rate von 100 000 M. wurde abgelehnt, ebenso die für Bingen geforderten 70 000 M., die für Weissenfels geforderten 80 000 M. und die zum Ankauf des Grundstücks Leipzigerstraße 17 in Berlin geforderten 281 500 M. Ueber einen wahrlich recht nöthigen Postneubau in Freiberg braucht sich die Budgetkommission aus den bekannten Gründen nicht zu streiten.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte gestern eine Reihe von Etatspositionen und ging dann zur Berathung des Antrages Riffelmann über, welcher die Einstellung von 130 000 M. in das Extraordinarium zu Vorarbeiten für Regulirung der unteren Oder und zu Vaggerversuchen verlangt. Abg. Riffelmann begründete seinen Antrag damit, daß die dortige Bevölkerung durch die dauernden